

KLIMA KOMPACT



Weltklimarat sendet klares Signal nach Bali

Klimaschutz wird kostengünstiger

EU-Umweltministerrat einigt sich auf Verhandlungsstrategie für Bali

**Globale Emissionswende in den nächsten
10-15 Jahren**

Studie zum geplanten Kraftwerksneubau in Hamburg-Moorburg
zeigt:

**Neue Kohlekraftwerke bei Versteigerung
der Emissionserlaubnisse nicht mehr
wettbewerbsfähig**

Die Wissenschaft warnt - handelt jetzt die Politik?

Mit dem Klimagipfel in Bali endet ein bemerkenswertes Klimajahr. Die Wissenschaft warnt immer lauter davor, dass wir auf einem Boot sitzen, das auf eine Kaskade von Rückkopplungen und große, ganze Kontinente umgestaltende Kipp-Punkte zurast. Zugleich steigen die Emissionen seit der Jahrtausendwende fast dreimal schneller als im vergangenen Jahrzehnt.

Doch auch die guten Nachrichten überschlagen sich. IPCC und Stern-Report rechnen vor, dass ernsthafter Klimaschutz bei intelligenter Rahmensetzung weit weniger kostet als bisher gedacht.

Das Klimathema ist weltweit zur Chefsache geworden, die Handlungsbereitschaft wächst. Die EU und Deutschland haben sich zu ehrgeizigen Reduktionszielen verpflichtet und reisen mit ehrgeizigen Verhandlungspositionen nach Bali.

Der Finanzmarkt wittert seine Chance und beginnt, massiv in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu investieren. - gleichzeitig sinkt die Rentabilität von Kohlekraftwerken in gleichem Maße wie ihre gesellschaftliche Akzeptanz.

Auch die Zivilgesellschaft wacht auf. Die Klima-Allianz mit mehr als 80 Organisationen ist in Deutschland hierfür ein deutliches Zeichen - aktuell mit dem Aufruf zu Großdemos (www.die-klima-allianz.de).

Setzen auch Sie ein Zeichen und demonstrieren Sie am 8.12. in Berlin oder am Kraftwerksstandort Neurath!

Klaus Milke

Weltklimarat sendet klares Signal nach Bali

Klimaschutz wird kostengünstiger

Am 17. November verabschiedete das Plenum des Weltklimarates IPCC in Valencia den Synthesebericht des Vierten Sachstandsberichts als wissenschaftliche Grundlage für den Klimagipfel in Bali (3. - 14. Dezember 2007). Wegen der unerwarteten Schmelzprozesse in Grönland und der West-Antarktis sieht sich der IPCC nunmehr außer Stande, eine Obergrenze für den Meeresspiegelanstieg anzugeben.

Germanwatch übersetzt Auszüge aus der Zusammenfassung für Entscheidungsträger des Syntheseberichts.

„(...) Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig, wie dies nun aufgrund der Beobachtungen des Anstiegs der mittleren globalen Luft- und Meerestemperaturen, des ausgedehnten Abschmelzens von Schnee und Eis und des Anstiegs des mittleren globalen Meeresspiegels offensichtlich ist (...)

Da das Wissen über einige wichtige, dem Meeresspiegelanstieg zugrundeliegende Effekte zu begrenzt ist, wird in diesem Bericht für den Meeresspiegelanstieg weder eine Einschätzung der Wahrscheinlichkeit noch bezüglich der Höhe eine bestmögliche Abschätzung oder Obergrenze angegeben. (...)

Die Zuverlässigkeit der projizierten Erwärmungsmuster und anderer regionaler Besonderheiten, einschließlich Veränderungen der Windmuster, Niederschläge und einiger Aspekte von Extremereignissen und Meereseis, ist nun größer als im Dritten Sachstandsbericht.

(...) Die anthropogene Erwärmung kann zu Auswirkungen führen, die je nach Rate und Größenordnung der Erwärmung abrupt oder irreversibel sind. (...)

Erste Abschätzungen zeigen, dass eine Rückkehr der weltweiten energiebezogenen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 auf das Niveau von 2005 eine große Umlenkung von Investitionen nötig machen würde, obwohl die zusätzlich benötigten Nettoinvestitionen von vernachlässigbar bis zu 5-10% reichen. (...) Ein wirksames Kohlendioxid-Preissignal könnte signifikantes

Emissionsminderungspotenzial in allen Sektoren realisieren. (...)

Es besteht hohe Sicherheit, dass weder Anpassung noch Emissionsminderung allein alle Auswirkungen der Klimaänderung verhindern können; hingegen können sich beide ergänzen, und zusammen können sie die Risiken der Klimaänderung signifikant vermindern. (...) Viele Auswirkungen können durch Emissionsminderung vermindert, verzögert oder verhindert werden. (...)

Im Jahr 2050 liegen die makroökonomischen Kosten für eine Multi-Gas-Stabilisierung bei 710 bis 445 ppm CO₂-Äq. im weltweiten Durchschnitt zwischen einem Zuwachs von 1% und einer Reduzierung von 5,5% des globalen BIP. (...)

Auswirkungen auf Afrika

(aus Tabelle SPM.2)

- Es wird projiziert, dass bis zum Jahr 2020 75 bis 250 Millionen Menschen aufgrund der Klimaänderung unter zunehmender Wasserknappheit leiden;
- In einigen Ländern könnten sich bis zum Jahr 2020 die Erträge aus der vom Regen abhängigen Landwirtschaft bis 2020 um bis zu 50 % reduzieren. (...)
- Gegen Ende des 21. Jahrhunderts wird der projizierte Anstieg des Meeresspiegels eine Bedrohung für tief liegende, bevölkerungsreiche Küstengebiete darstellen. Die Kosten für Anpassungsmaßnahmen könnten mindestens 5-10 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen;
- Bis 2080 wird eine Zunahme des ariden und semi-ariden Landes in Afrika um 5-8% von einer Bandbreite von Klimaszenarien projiziert.

Quelle: www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_spm.pdf

Eine Zusammenfassung vom Bundesumweltministerium, Bundesforschungsministerium und der deutschen IPCC-Koordinierungsstelle findet sich unter www.bmu.de/klimaschutz/downloads/doc/40390.php

EU-Umweltministerrat einigt sich auf Verhandlungsstrategie für Bali**Globale Emissionswende in den nächsten 10-15 Jahren**

Die Europäische Union hat im Umweltministerrat vom 30. Oktober 2007 ihre Position für die Verhandlungen auf dem Klimagipfel in Bali festgelegt. Sie ist damit der Vorreiter unter den Industriestaaten.

Germanwatch bringt zentrale Auszüge aus den Schlussfolgerungen des Rates.

"Der Rat der Europäischen Union

1. ERINNERT an (...) die wesentlichen Elemente einer wirksamen und ehrgeizigen Rahmenvereinbarung für die Zeit nach 2012 im Kontext des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) (...), [der] die Architektur des Kyoto-Protokolls zugrunde gelegt und erweitert sowie ein fairer und flexibler Rahmen für eine möglichst breite Beteiligung geschaffen werden [soll], damit die globale Erwärmung auf höchstens 2 °C über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden kann;

BETONT, dass die EU entschlossen ist, beim internationalen Klimaschutz eine Vorreiterrolle zu übernehmen;

2. IST TIEF BESORGT über die neuen Belege für die negativen Auswirkungen der Klimaänderungen, die durch die jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) in den Beiträgen der Arbeitsgruppen zum vierten Bewertungsbericht des IPCC unmissverständlich bestätigt wurden;

HEBT HERVOR, dass die IPCC-Berichte sogar noch deutlicher zeigen, dass die negativen Auswirkungen der Klimaänderungen die Ökosysteme, die Lebensmittelproduktion, das Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung, die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie die menschliche Gesundheit und Sicherheit immer ernsthafter gefährden und somit die Zielvorgabe einer maximalen Erwärmung von 2 °C wissenschaftlich weiter

untermauern;

VERWEIST auf die Schlussfolgerung des IPCC, dass es wirtschaftlich und technisch möglich ist, die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, das mit dieser Zielvorgabe vereinbar ist; (...)

4. HEBT den Beitrag der IPCC-Arbeitsgruppe III zum vierten Bewertungsbericht HERVOR, der zeigt, dass die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre entsprechend dem niedrigsten bewerteten Stabilisierungsniveau, d.h. rund 450 ppmv CO₂-Äquivalent, stabilisiert werden muss, damit das 2 °C-Ziel und somit auch eine Begrenzung der negativen Folgen der Klimaänderungen erreicht werden können;

5. BETONT, dass dies voraussetzt, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen ihren maximalen Wert in den nächsten 10 bis 15 Jahren erreichen und danach bis 2050 weltweit beträchtlich gesenkt werden, und zwar auf mindestens 50 % unter dem Niveau von 1990;

6. HEBT HERVOR, dass das UNFCCC das geeignete multilaterale Forum für eine globale und umfassende Klima-Vereinbarung darstellt; (...)

8. BEGRÜSST den Bericht der Vermittler im Rahmen des "Dialogs über langfristige gemeinsame Maßnahmen zur Bewältigung der Klimaänderungen durch die verstärkte Umsetzung des Übereinkommens";

IST DER AUFFASSUNG, dass dieser Bericht eine gute Ausgangsbasis für das weitere Vorgehen darstellt; (...)

9. ERINNERT an die Bausteine für eine wirksame und geeignete globale und umfassende Rahmenvereinbarung für die Zeit nach 2012, die der Rat (Umwelt) am 20. Februar 2007 benannt hat und die in den Schlussfolgerungen der Frühjahrstagung des Europäischen Rates bekräftigt wurden; dazu gehören folgende Komponenten:

- Weiterentwicklung eines gemeinsamen Konzepts zur Verwirklichung des Fernziels der Klimarahmenkonvention,

- Vereinbarung von weiter reichen Verpflichtungen der Industrieländer zur Senkung der absoluten Emissionen,

- Förderung weiterer angemessener und effektiver Beiträge der anderen Länder,

- Erweiterung des Handels mit Emissionsrechten ("Kohlenstoffmarkt"), wozu auch innovative und verbesserte flexible Mechanismen gehören,

- Ausbau der Zusammenarbeit bei Erforschung, Entwicklung, Verbreitung, Einsatz und Transfer von Technologien,

- Verstärkung der Anstrengungen zur Bewältigung von Anpassungen,

- Berücksichtigung der Emissionen, die durch den internationalen Luft- und Seeverkehr verursacht werden, unter weiterer Nutzung des Fachwissens, der Erfahrungen und der Arbeiten einschlägiger internationaler Organisationen,

- Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Ausbau von Kohlenstoffsenken durch nachhaltige Forstwirtschafts- und Landnutzungsmethoden; (...)

18. BETONT, wie wichtig es ist, den Klimawandel in die Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen; (...)

19. BEKRÄFTIGT, dass die Anpassung an den Klimawandel in alle einschlägigen Entscheidungsprozesse einzubeziehen ist; (...)

23. (...) sowie einen ehrgeizigen Zeitplan aufzustellen und zu befolgen, der bis 2009 in eine globale und umfassende Vereinbarung für die Zeit nach 2012 münden sollte."

Quelle:

www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/envir/97072.pdf

Studie zum geplanten Kraftwerksneubau in Hamburg-Moorburg zeigt:

Neue Kohlekraftwerke bei Versteigerung der Emissionserlaubnisse nicht mehr wettbewerbsfähig

In der Pilotphase des europäischen Emissionshandels, die im Jahr 2007 ausläuft, wurde die großzügig bemessene Menge der in den Markt kommenden Emissionserlaubnisse an die Stromversorger verschenkt. Ab 1.1. 2008 werden jetzt immerhin knapp zehn Prozent der Erlaubnisse kostenpflichtig abgegeben. Ab Januar wird auf EU-Ebene dann darüber verhandelt, ab 2012 zumindest im Energiesektor die Erlaubnisse ganz oder weitgehend zu versteigern.

Am Beispiel Hamburg-Moorburg zeigt eine neue Studie, dass Kohlekraftwerke nicht mehr wettbewerbsfähig sind, sobald die Zertifikate vollständig versteigert werden.

Wir dokumentieren eine Kurzzusammenfassung von Helmuth Groscurth, einem der Autoren.

„In Hamburg-Moorburg plant der Energieversorger Vattenfall den Bau eines Steinkohle-Kraftwerks. Mit einer Leistung von über 1600 Megawatt würde es zu den größten Kraftwerken Deutschlands gehören. Das ifeu-Institut für Energie- und Umweltforschung und das arrhenius Institut für Energie- und Klimapolitik haben das geplante Kraftwerk im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit einem alternativen Energieszenario für das Jahr 2030 verglichen.

Wie die anderen in Deutschland geplanten Kohlekraftwerke steht auch das Projekt Hamburg-Moorburg wegen der hohen CO₂-Emissionen in der Kritik. Das erste zentrale Ergebnis der Studie ist daher nicht sehr überraschend: Das Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg ist mit einem ambitionierten Klimaschutz, der langfristig eine Minderung der Treibhausgasemissionen um 80% erfordert, nicht vereinbar. Mit dem Alternativszenario können dagegen die geforderten 80% der CO₂-Emissionen vermieden werden.

Im zweiten Teil der Studie wird die Wirtschaftlichkeit der Alternativen mit Hilfe des Strommarkt-Modells deeco-s untersucht. Dabei werden folgende Faktoren berücksichtigt: Wie wirken sich die Liberalisierung des Strommarktes und der weitere bundesweite Ausbau der Erneuerbaren Energien auf den Stromabsatz des geplanten Steinkohlekraftwerks aus? Wie wirkt sich die Weiterentwicklung des Emissionshandels – insbesondere die geplante Versteigerung von Emissionsrechten – auf die Rentabilität der beiden Alternativen aus? Welchen Einfluss auf die Rentabilität haben unterschiedliche Annahmen dazu, wie sich die Energiepreise entwickeln?

Die Ergebnisse dieser Simulationsrechnungen sind zusammengefasst:

Unter den Bedingungen des liberalisierten Strommarktes verdrängen die erneuerbaren Energien immer häufiger den Stromabsatz aus fossilen Kraftwerken. Durch die geringere Auslastung sinkt die Rentabilität. Unter diesen Bedingungen ist ein mit Erdgas befeuertes GuD-Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung wirtschaftlicher als ein Steinkohlekraftwerk, weil dessen Investitionskosten geringer sind. Bei einer vollständigen Versteigerung von Emissionsrechten wird das von Vattenfall geplante Kohlekraftwerk unrentabel.

Im dritten Teil der Studie werden die Potenziale der drei Kernelemente des Alternativszenarios Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung analysiert. Diese Analyse zeigt, dass diese Potenziale in Hamburg ausreichen, um den gesamten Energiebedarf der Großstadt abzudecken. Das Alternativszenario ist nicht nur realisierbar, es weist auch mehrere Vorteile auf: Bis zu 500 Millionen Euro Kostenersparnis/Jahr für die Wirtschaft und Einwohner Hamburgs, 80 % weniger CO₂-Ausstoß und weniger Klimafolgeschäden auf der ganzen Welt."

Komplette Studie unter:

www.arrhenius.de => Publikationen

Redaktion

Manfred Treber (V.i.S.d.P.), Sven Harmeling, Christoph Bals,
Gerold Kier, Klaus Milke

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG,
BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Dieses Projekt wird gefördert durch:

**Umwelt
Bundes
Amt**
Für Mensch und Umwelt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.